Neue Zürcher Zeitung

Im Kampf gegen den Gefängnissuizid

Neue Abteilung für psychisch angeschlagene Häftlinge im Gefängnis Limmattal geplant

Die Zustände in den Zürcher Gefängnissen standen mehrfach in der Kritik. Nicht zuletzt, nachdem es im letzten Jahr zu fünf Suiziden gekommen war. Erste Verbesserungen haben die Behörden getroffen, weitere sollen nun folgen.

JAN HUDEC

Die Tat erschütterte Zürich: Eine Mutter tötete am Neujahrstag 2015 ihre beiden Kinder. In die Kritik geriet in der Folge nicht nur die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb), die später entlastet wurde, sondern auch die kantonale Justizdirektion. Denn die 27-Jährige beging im August des gleichen Jahres im Gefängnis Suizid. Damit war sie nur eine von fünf Menschen, die sich 2015 in einem Zürcher Gefängnis das Leben nahmen.

Justizdirektorin Jacqueline Fehr räumte später ein, dass der Kanton insbesondere im Bereich der Untersuchungshaft Nachholbedarf habe. So sei das Haftregime strenger als in anderen Kantonen, und die Zürcher Untersuchungsgefängnisse seien teilweise eng und in die Jahre gekommen. Seit Anfang dieses Jahres sammelt eine interdiszipli näre Arbeitsgruppe deshalb Vorschläge für mögliche Verbesserungen bei den Haftbedingungen.

Platzmangel in der Psychiatrie

Ein konkretes Projekt liegt nun auf dem Tisch: Im Gefängnis Limmattal ist eine Abteilung für Krisenintervention geplant, wie Rebecca de Silva, Sprecherin des Amts für Justizvollzug, auf Anfrage sagt. Die Abteilung biete rund 10 Plätze für Inhaftierte, die psychisch schwer angeschlagen sind. Eigenes Psychiatriepflegepersonal soll dafür sorgen, dass sich die psychische Krise der Betroffenen nicht verschärft — und so verhindern, dass ernsthafte Suizidabsichten aufkommen. Das Ziel ist, mit der neuen Abteilung in erster Linie die Untersuchungsgefängnisse zu entlasten, sie soll aber nach Möglichkeit auch dem regulären Strafvollzug sowie Personen in Ausschaffungshaft dienen. Zu den Kosten will man sich beim Amt für Justizvollzug noch nicht äussern. Mit der Planung der baulichen Anpassungen wollen die Zuständigen im ersten Quartal des kommenden Jahres beginnen.

Derweil kritisiert die nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) in ihrem jüngsten Bericht zum Flughafengefängnis Zürich, dass suizidgefährdete Personen in Arrestzellen untergebracht würden. Die Kommission sei der Ansicht, «dass Arrestzellen auch im Notfall keine angemessene Unterbringung für psychisch verletzliche Personen darstellen, und empfiehlt der Anstaltsleitung, in dringenden Fällen eine Überweisung in eine geeignete psychiatrische Einrichtung zu erwägen», heisst es im Bericht. In ihrem Antwortschreiben an die NKVF schreibt die Justizdirektion, dass Inhaftierte mit akuter Suizidalität in eine psychiatrische Klinik eingewiesen würden. Schwierig sei die Situation aber bei Personen, bei denen die Situation noch nicht so akut, eine Eigengefährdung aber nicht auszuschliessen sei. Denn die Kliniken weigerten sich in aller Regel, «inhaftierte Personen ohne eine dringende Indikation aufzunehmen». So sei denn eine Unterbringung in einer Arrestzelle nicht immer zu vermeiden.

Auf Nachfrage verdeutlicht de Silva, worin das Problem liegt: «Es besteht ein Mangel an Plätzen in der forensischen Psychiatrie.» So verfüge der Kanton Zürich mit der Klinik Rheinau zwar über die grösste Einrichtung dieser Art. Trotzdem hätten sie 2015 nur ein Fünftel der Personen, welche aus der Haft in eine Klinik eingewiesen werden mussten, in Rheinau unterbringen können.

Jene, die man nicht ausserhalb des Kantons placieren konnte, mussten in allgemeinpsychiatrische Kliniken eingewiesen werden. Und das ist nicht unproblematisch, da diese nicht für Häftlinge eingerichtet sind. Besteht Fluchtgefahr, können die Häftlinge nur in einer geschlossenen Klinik untergebracht werden. Auch in diesem Bereich ist ein Ausbau geplant: In Rheinau soll ein Neubau mit 39 Betten entstehen. Läuft alles rund, wird die neue Station 2022 in Betrieb geno-mmen.

Mehr Psychischkranke

Psychische Erkrankungen haben unter Häftlingen generell zugenommen. Laut dem Amt für Justizvollzug lag die Zahl der psychiatrischen Konsultationen bei Häftlingen über Jahre stabil bei rund 5000. Mittlerweile hat sich die Zahl auf über 6000 erhöht. Die Zunahme sei insbesondere in den Untersuchungsgefängnissen zu beobachten, sagt de Silva. Warum es jedoch zu diesem Anstieg kam, ist auch den Experten nicht ganz klar. Eine Erklärung sehen sie darin, dass heute bei Personen, die aufgrund einer psychischen Erkrankung zum Beispiel aggressiv handeln, früher die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden eingeschaltet würden.